

In der Mitte nichts Neues

von Aljoscha Jacobi



Titel Verlorene Mitte - Feindselige Zustände

Untertitel Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19

Autor(en) Andreas Zick / Beate Küpper / Wilhelm Berghan

Land Deutschland

Erschienen Bonn 2019: Dietz

Umfang 332 S.

Preis 14,90 €

ISBN 978-3-8012-0544-7

Rezension zu „Verlorene Mitte - Feindselige Zustände“ von Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan

Seit 13 Jahren publiziert die Friedrich-Ebert-Stiftung die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zur Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland unter dem Namen „Mitte-Studie“. Der Titel des aktuellen Bandes - „Verlorene Mitte Feindselige Zustände“[1] - markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Erzählung vom Niedergang der „Mitte“: War sie 2014 noch „fragil“[2], 2016 gar

„gespalten“[3], so ist die Mitte nun also „verloren“. Fraglos stellt der Einzug der AfD in mehrere Landtage und den Bundestag den etablierten demokratischen Konsens in Frage; und auch die Vermutung einer Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts - insbesondere durch die Themen Flucht und Migration - liegt nahe. Allein: die Mitte-Studie betreibt nicht Diskurs-, sondern Einstellungsforschung und liefert kaum Evidenzen für die publizistisch evozierte „Verrohung“ (S. 17) der Gesellschaft oder deren Mitte. Auf diese Mitte - deren Definition bestenfalls vage bleibt - fokussiert die Studie trotz ihres Titels nur vereinzelt. Dessen ungeachtet bietet die Studie dennoch interessante Einblicke in das illiberale Denken in Deutschland.

Das selbst gesetzte Ziel der Studie besteht darin, die Gefährdung der „Grundfesten“ (S. 24) der Demokratie in Deutschland abzuschätzen. Hierzu und um den Vergleich über die Zeit zu ermöglichen, behalten die AutorInnen weitgehend die etablierte Methodologie der vergangenen Mitte-Studien bei. Sie definieren sieben Anzeichen für eine Erosion der Mitte,[4] wobei neben den Kriterien des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)[5] rechtsextremistische und -populistische Einstellungen im Vordergrund stehen. Erweitert wird dieser Kern regelmäßig durch neue Elemente, im aktuellen Fall die Rezeptivität für Verschwörungstheorien. Der zentrale Befund lautet, dass in all diesen Bereichen Erosionstendenzen zu beobachten sind, die die These der verlorenen Mitte stützen.

Zur Bewertung der Studie lohnt es sich, die detaillierten Einzelbefunde von der rahmenden Diagnose der verschwindenden Mitte abzulösen und sie getrennt zu betrachten. So zeigen die AutorInnen, dass illiberales Denken keineswegs nur in den unteren Einkommensschichten verbreitet ist, sondern in ähnlichem Ausmaß auch in mittleren Lagen vorkommt (S. 90). Dieses Muster ist nicht grundsätzlich neu: mittlere und niedrige Einkommensschichten zeigen über die letzten 20 Jahre hinweg ähnlich hohe „Sorge“ um Zuwanderung (siehe Abb. 1). Bestehende Erkenntnisse werden durch die differenzierte Erhebung von Einstellungen dennoch bereichert und abgesichert. Zu der in den letzten Jahren aufgekommenen Diskussion um die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern trägt die Mitte-Studie empirische Befunde bei. An der Präsentation der Ergebnisse zeigt sich die eher praxisorientierte Ausrichtung der Studie: der Umstand, dass unter Gewerkschaftsmitgliedern rechtsextreme Einstellungen überproportional vertreten sind (S. 134) ist zwar für konkrete Gewerkschaftsarbeit relevant, aus wissenschaftlicher Perspektive hätte man sich an dieser Stelle allerdings eher eine multivariate Betrachtung gewünscht. Sind Gewerkschaftsmitglieder etwa rechtsextremer als soziodemografisch vergleichbare Nichtmitglieder? Hilmer et al.[6] etwa verneinen diese Frage, von den Autor*innen der Mitte-Studie wird sie hingegen nicht diskutiert.

Andere Befunde überraschen und widersprechen sogar dem Leipziger Pendant zur Mitte -Studie[7]. So zeigen Beate Küpper, Daniela Krause und Andreas Zick in ihrem Beitrag (S. 117-146), dass FDP-Anhänger*innen im Vergleich zu denen der

AfD etwa doppelt so häufig antisemitische Einstellungen vertreten (7,2% vs. 3,8%, N = 140 vs N = 97). Die letztjährige Leipziger Autoritarismus-Studie[8] hingegen kommt zu einem gegenteiligen Ergebnis: Demnach zeigten AfD-WählerInnen rund viermal häufiger antisemitische Einstellungen als FDP-AnhängerInnen (3,3 % vs. 12,5 %, N=92 vs N = 160). Zwar handelt es sich hierbei nicht um ein Kernthema der Mitte-Studie, dennoch scheinen die AutorInnen aus dem Befund kaum Konsequenzen für ihre eigenen Analysen zu ziehen, obwohl sie diese Abweichungen zur Leipziger Studie einleitend erörtern (S. 35). Eine ausführlichere Diskussion solcher Unterschiede zur methodisch wie inhaltlich nächstliegenden wissenschaftlichen Referenz wäre zumindest an dieser Stelle wünschenswert gewesen. Ohne sie bleiben die zuweilen überraschenden Ergebnisse der Mitte-Studie kaum kontextualisiert und schwer einzuordnen.

Für eine soziologische Studie bemerkenswerte öffentliche Aufmerksamkeit erregte insbesondere die Formulierung der Survey-Items zur Abwertung von AsylbewerberInnen[9]. Die aus unterschiedlichen Richtungen vorgetragene Kritik lautete, dadurch würden unbescholtene BürgerInnen zu Ausländerfeinden erklärt, was, so Sigmar Gabriel in einem Kommentar für den *Tagesspiegel*, „unfassbar dumm“ sei. Tatsächlich vermischen die beiden Items zur „Abwertung asylsuchender Menschen“ (S. 72) Wissens- und Einstellungsabfrage. Im Anschluss ist nicht feststellbar, zu welchen Teilen die erhöhten Zustimmungswerte zu der Frage, ob „die meisten Asylsuchenden [...] in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt“ werden, auf ein mögliches Mehr an Information über globale Fluchtursachen oder auf eine erhöhte Abwertung asylsuchender Menschen zurückzuführen sind. Die von den AutorInnen angegebenen statistischen Gütekriterien weisen darauf hin, dass die Bildung eines Summenindex aus den beiden doch sehr unterschiedlichen Items zu Asylsuchenden weniger plausibel ist als bei den anderen GMF-Elementen (S. 70 ff.). Gleichwohl sollte dies nicht zu einer grundsätzlichen Zurückweisung der gesamten Studie führen. Genau diesen Fehler begehen jedoch die KritikerInnen, indem sie zwei Items mit der gesamten Studie gleichsetzen, die allein das Konzept der GMF mit 29 Items misst.

Derlei methodische Details sind wohl nicht verantwortlich für die drastische Kritik, die den AutorInnen entgegenschlägt. Vielmehr eckt die Studie mit der These der erodierenden Mitte an. Die theoretische Offenheit des Mitte-Konzepts trägt zugegebenermaßen nicht zu ihrer Überzeugungskraft bei. Die Leipziger Studie hat daraus Konsequenzen gezogen und sich vom Mitte-Konzept weitgehend gelöst. Das Populismusbarometer[10] versteht die „politische Mitte“ weitgehend pragmatisch und definiert sie eindeutig nach Zugehörigkeit zu politischen Lagern. Es hat nebenbei den Vorzug, dass es nicht an alte Erhebungen gebunden ist und an aktuelle Diskurse angepasste Items erheben kann. Die Mitte-Studie hingegen macht ihr vage definiertes Konzept weiterhin stark. Anders als ihre zentrale These suggeriert, definiert sie den Begriff der „Mitte“ nicht sozialstrukturell, sondern ideologisch: Teil der Mitte ist, wer liberal denkt.[11] Folglich kann mit dieser Konzeption nicht beantwortet werden, wie verbreitet „negative[n] Vorurteile gegenüber Gruppen *in der Mitte der Gesellschaft*“ (S. 64; Hervorhebung von mir, A.

J.) sind. Die Grundgesamtheit der gezogenen Stichprobe, die nur stellenweise differenziert nach Einkommen oder Bildung betrachtet wird, sind in Deutschland lebende deutsche Staatsangehörige[12]. Weil theoretisch und empirisch ungeklärt bleibt, wer oder wo in dieser Grundgesamtheit die Mitte ist, wirft die Rhetorik von in die Mitte eindringenden „Splitter[n]“ des Extremismus (S. 290) mehr Fragen auf als sie Antworten gibt. Auf die Frage, ob illiberale Einstellungen *von den Rändern der Sozialstruktur in „die Mitte“* vordringen, kann also aufgrund der gewählten Definition von „Mitte“ keine Antwort gegeben werden.

Die AutorInnen argumentieren, dass die ideologisch definierte Mitte kleiner werde. Dabei ist etwa vom „historisch gewachsenen demokratischen Konsens“ (S. 24) die Rede, der in Gefahr sei. Um diese Aussage zu stützen, müsste man entweder auf eindeutig ansteigende Trends verweisen können oder zumindest die Lesenden von der Existenz eines breiten demokratischen Konsenses vor Studienbeginn überzeugen. Keineswegs kann dieser einfach vorausgesetzt werden. Das Fehlen einer liberalen Mitte in Deutschland hat Generationen von HistorikerInnen sowie einige soziologische Klassiker (wie etwa Dahrendorf[13]) umgetrieben. Auch die schwierige Beziehung der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu den GastarbeiterInnen in den 1970ern und 80ern, lässt vermuten, dass eine Erhebung vergleichbarer Werte vor 40 oder 50 Jahren nicht unbedingt das Bild einer deutlich liberaleren Gesellschaft gezeigt hätte. Es ist also zumindest fraglich, ob wir überzeugend von einem *Rückgang* demokratischer Einstellungen gegenüber der Periode vor Beginn der Mitte-Studien sprechen können.

Auch für den Untersuchungszeitraum (je nach Item maximal 2002–2018/19) kann nur punktuell eine Erosion liberaler Einstellungen nachgewiesen werden. Diesen vereinzelt Negativtrends stehen andere positive Entwicklungen über deutlich längere Zeiträume gegenüber. Einer dieser Langzeittrends ist der Rückgang von offenem Sexismus (S. 83). Ein weiterer Befund – der sich allerdings nur auf vier Messungen von 2011 bis 2018/19 stützt – lautet, dass die Verbreitung negativer Meinungen über Asylsuchende in den letzten Jahren zugenommen habe, was bei offener „Fremdenfeindlichkeit“ allerdings nicht der Fall sei (S. 82 f). Ersterer Befund zeigt sich ähnlich auch in anderen Langzeitstudien: Die Skepsis gegenüber Migration hat zugenommen, befand sich zuletzt aber wieder auf einem vergleichbaren Niveau wie kurz nach der EU-Osterweiterung (Abb. 1).

Die Diskrepanz zwischen der hochfliegenden Diagnose einerseits und den sehr viel bodenständigeren Einzelbeiträgen andererseits ist bereits im Studiendesign angelegt. Die Mitte-Studie versteht sich als Beitrag zur öffentlichen Diskussion und als Leitfaden für politische Bildungsarbeit (S. 12 f). In dieser Hinsicht ist sie zweifelsohne ein Erfolg: sie hat eine öffentliche Debatte erzeugt und ihre Ergebnisse werden auch für die Praxis etwa gewerkschaftlicher, sozialer oder politischer Bildungsarbeit relevant sein. Aus wissenschaftlicher Sicht besteht ihre Leistung darin hochwertige Daten geschaffen zu haben, deren Mehrwert vor allem in ihrer Vergleichbarkeit über lange Zeiträume hinweg besteht. Zugleich bleibt zu wünschen, dass in den kommenden Ausgaben die Konzeption von „Mitte“ ge- und

die Erosionsthese entschärft wird. Letztlich gelingt es der Studie nicht, die Lesenden von der Erosion der Mitte zu überzeugen. Welche Schlussfolgerung wäre stattdessen aus den Ergebnissen zu ziehen und welche Thesen zu prüfen? Eine Erklärung wäre, dass der politische Diskurs nach „rechts“ rücken kann, ohne dass die Einstellungen der Bevölkerung es tun – oder zumindest diese Beziehung nicht unidirektional ist. Die Erfolge rechter Akteure sind also womöglich nicht primär durch Veränderungen von Einstellungen in der Bevölkerung, sondern durch eine verstärkte Aktivierung der – wie die Studie zeigt – recht stabilen oder gar schrumpfenden Gruppen mit illiberalen Einstellungen zu erklären. Die Mitte-Studien sind in jedem Fall ein wertvolles Instrument, um diese gesellschaftlichen Prozesse auch zukünftig zu beobachten.

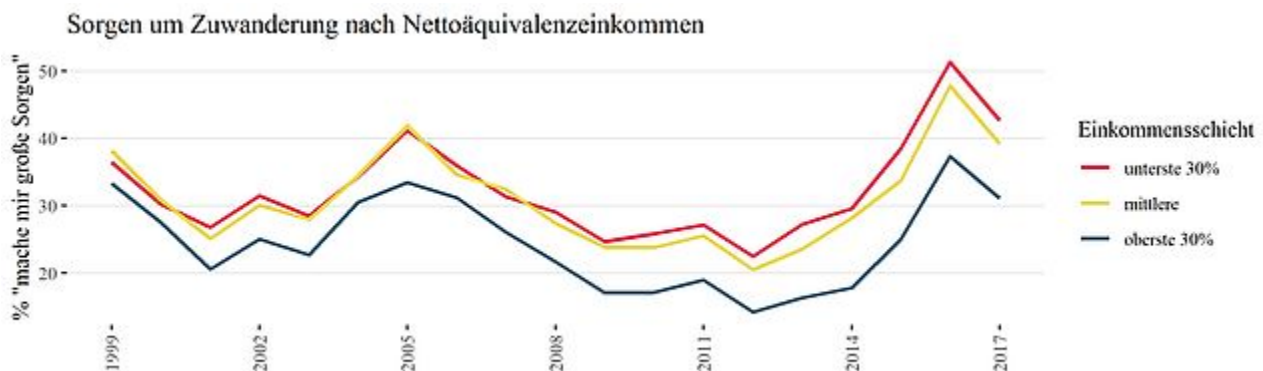


Abbildung 1: Daten sozio-ökonomisches Panel v34, 1999-2017[14], eigene Berechnung, gewichtet. Anteil mit „[g]roßen Sorge[n]“ beim Item „Über die Zuwanderung nach Deutschland“ der Frage „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da sorgen?“. Zweijahresmittel.

Fußnoten

[1] Andreas Zick / Beate Küpper / Wilhelm Berghan, *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn 2019.

[2] Andreas Zick / Anna Klein, *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn 2014.

[3] Andreas Zick / Beate Küpper / Daniela Krause, *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn 2016.

[4] Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF), rechtsextreme Einstellungen, rechtspopulistische Einstellungen, neue rechte Mentalitäten, Zustimmung zu Verschwörungsmmythen, Ablehnung der Demokratie, Ost/West Unterschiede (letzteres ist keine Einstellung, Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den anderen Einstellungen wird als auseinanderdriften der Mitte interpretiert).

[5] Wilhelm Heitmeyer, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse*, in: ders. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge I*, Frankfurt a.M. 2002, S. 14-34.

- [6] Richard Hilmer / u. a., Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, Working Paper Forschungsförderung der Hans Böckler Stiftung Nr. 44, Düsseldorf 2017.
- [7] Oliver Decker / Elmar Brähler, Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018.
- [8] Ebd., S. 93
- [9] Die Messung besteht aus zwei Items: 1) *„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.“*, 2) *„Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.“*
- [10] Robert Vehrkamp / Wolfgang Merkel, Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018, Gütersloh 2018, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Studie_Populismusbarometer_2018.pdf (5.7.2019).
- [11] Diese Definition findet sich explizit in einer der älteren Mitte-Studien, wird aber implizit weiterhin angewandt. Siehe: Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn 2012, S. 17
- [12] Bis einschließlich zur Mitte-Studie 2014 wurden deutsche StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund ausgeschlossen, selbst wenn sie in dritter Generation (Migration der Großeltern) in Deutschland lebten. Die methodische Anpassung ist zu begrüßen, allerdings müssten die Autoren für die Darstellung ihrer Ergebnisse im Zeitverlauf Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin aus den Analysen ausschließen (S. 79).
- [13] Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965.
- [14] Jan Goebel u. a., The German Socio-Economic Panel (SOEP), in: Jahrbücher Für Nationalökonomie Und Statistik 239 (2019), 2, S. 345-360, <https://doi.org/10.1515/jbnst-2018-0022> (5.7.2019)